



Dieser Politikwahnsinn muss beendet werden!

von Irmgard Ehrenberger

Wirtschaftskrise, Brexit, ein Präsident *Donald Trump* in den USA, ein Präsident *Erdoğan* in der Türkei, Flüchtende, Kriege, Anschläge mitten in Großstädten Europas – die Welt scheint aus den Fugen zu geraten und Europas Politik ist heillos überfordert. Rechtsdemagogische Parteien erhalten mehr und mehr Zulauf und besetzen in einigen Ländern bereits das Amt des Regierungschefs/der Regierungschefin. Regierungen und Medien bejubeln das Wahlergebnis in den Niederlanden, nur weil *Geert Wilders'* Partei nicht so viele Stimmen dazugewonnen hat wie ursprünglich befürchtet.

Seit Jahren (oder fast Jahrzehnten) ist eine Antwort auf die Machtzunahme von rechtsdemagogischen Parteien die Mobilisierung der Wähler_innen durch Angst: Wenn ihr rechtsrechte Parteien verhindern wollt, müsst ihr „uns“ wählen. Besonders stark war dieser Druck während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes in Österreich zu spüren: Mit ungezählten Facebook-Postings, E-Mails usw. wurde es fast als Pflicht dargestellt, *Van der Bellen* zu wählen, um seinen Gegenkandidaten zu verhindern. Und das, obwohl der Kandidat *Van der Bellen* mit durchaus bedenklichen Aussagen zu einem gewalttätigen System aufgefallen ist. Bemerkenswert war seine Aussage, dass er als Ökonom immer für Freihandel sei, unvergessen sein Urteil über Jean Claude Juncker als „ehrenwerten Mann“. Jener Jean Claude Juncker, dessen Namen untrennbar mit dem in den „Luxenburg-Leaks“ veröffentlichten Finanzskandal verbunden ist und der behauptet hat, man hätte beim Beitritt Griechenlands zur Eurozo-

ne nicht gewusst, dass Griechenland seine Bilanzen frisiere. Die Rechnung für dieses „Nicht-Wissen“ zahlen jetzt die Menschen in Griechenland, die menschenunwürdigen Sparmaßnahmen ausgesetzt sind.

Wir stimmen also wohl oder übel jenen Politiker_innen zu, die mit ihrem Verhalten ein System stützen, in dem den EU-Staaten jedes Jahr 1 Billion (!) Euro durch Steuerumgehung oder -hinterziehung verlorengeht.¹⁾ Ökonom_innen stellen fest, dass es gar keine Finanzkrise, selbst keine „Griechenlandkrise“ gäbe, stünde dieses Geld den Staaten zur Verfügung.

Money talks

Wie kann das sein? Wie kann die Politik, wie kann das Gemeinwesen derart machtlos sein gegen die Interessen einiger weniger? Die Antwort ist wohl im Wesen des Kapitalismus als autoritäres und ausbeuterisches System selbst zu suchen. Vielfach wird ja immer noch behauptet, dass der Kapitalismus Wohlstand für breite Bevölkerungsteile in der westlichen Welt gebracht hätte. Ein Blick auf die Lebensbedingungen der Arbeiter_innen seit der Zeit der industriellen Revolution zeigt wohl das Gegenteil. Erst die mit großen Opfern verbundenen Kämpfe um soziale und politischen Rechte und die eingreifende und gestaltende Politik ermöglichten wesentliche Verbesserungen für breite Bevölkerungsteile. So schreibt *Thom Hartmann*: „Ungeachtet dessen, was Sie im Wall Street Journal lesen oder auf Fox News sehen, ist der Kapitalismus kein wirtschaftliches System, das eine Mittelklasse hervorbringt. Wenn er sich selbst über-

lassen ist, neigt der Kapitalismus tatsächlich zu einem gewaltigen Ausmaß an Ungleichheit und Monopol. Der natürlichste und stabilste Zustand des Kapitalismus sieht eigentlich aus wie das viktorianische England, beschrieben in den Romanen von *Charles Dickens*.“²⁾ *Hartmann* argumentiert, dass „die Periode mit den höchsten Steuersätzen für die Reichen – zwischen der Roosevelt- und der Reagan-Administration – auch die Periode mit dem niedrigsten Niveau an wirtschaftlicher Ungleichheit war. Als die Mittelklasse ins Leben gerufen wurde, betrug der höchste Steuersatz zwischen 74 und 91 Prozent. Dann wurde er von Reagan auf 28 Prozent reduziert und aus der Mittelklasse der Beschäftigten wurden die working poor.“

In der gleichen Weise stellt *Ingo Schulze* fest: „Unser Gemeinwesen wurde und wird von den demokratisch gewählten Volksvertretern gegen die Wand gefahren, indem es seiner Einnahmen beraubt wird. Der Spitzensteuersatz wurde in Deutschland von der Schröder-Regierung von 53 auf 42 Prozent gesenkt ... Das Geld, das den Vermögenden dadurch bleibt, ist – glaubt man den Statistiken – nicht wie gewünscht in Investitionen geflossen, sondern in lukrativere Finanzmarktgeschäfte.“³⁾

2011 wiesen Forscher_innen empirisch nach, dass 1318 Unternehmen vier Fünftel der Weltwirtschaft kontrollieren und eng miteinander verflochten sind. „Die Welt“ kommentiert: „Indem sie ihre Auswahl weiter einschränkten, stießen sie letztlich auf eine »Superzelle« von 147 Firmen (133 davon aus dem Finanz- und Immobiliensektor). Diese sind untereinander so verwo-

ben und verflochten, dass sie knapp 40 Prozent des gesamten Vermögens der transnationalen Unternehmen kontrollieren.“⁴⁾

Diese Akkumulation von Besitz und Macht geht einher mit dem Verfall der Demokratie. Ingo Schulze meint dazu: „Von einem Angriff auf die Demokratie zu sprechen, ist euphemistisch. Eine Situation, in der es der Minderheit einer Minderheit gestattet wird, es also legal ist, das Gemeinwohl der eigenen Bereicherung wegen schwer zu schädigen, ist postdemokratisch. Schuld ist das Gemeinwesen selbst, weil es sich nicht gegen seine Ausplünderung schützt, weil es nicht in der Lage ist, Vertreter zu wählen, die seine Interessen wahrnehmen ... Demokratie wäre, wenn die Politik durch Steuern, Gesetze und Kontrollen in die bestehende Wirtschaftsstruktur eingriffe und die Akteure an den Märkten, vor allem an den Finanzmärkten, in Bahnen zwänge, die mit den Interessen des Gemeinwesens vereinbar sind.“³⁾

Dass diese Entwicklungen nicht breit diskutiert, geschweige denn bearbeitet werden, machen sich rechtsdemagogische Bewegungen zunutze, indem sie die Sorgen der Menschen umlenken auf einfache Themen wie Immigration und Flucht, bei denen scheinbar alle mitdiskutieren können. Zudem geißeln sie intransparente Machtzirkel oder prangern – teils zu Recht – das politische „Establishment“ an.

Darüber hinaus machen sie sich die Unüberschaubarkeit der Globalisierung und die immer schneller werdenden Prozesse der Veränderung, die letztlich der Natur des Menschen nicht entsprechen, zunutze und gaukeln mit kleinkarierten Nationalismen Sicherheit und Überschaubarkeit vor. Mittlerweile ist das Erstarken rechter nationalistischer Parteien soweit

fortgeschritten, dass das Festhalten der politischen Eliten am Status quo für die Zukunft nichts Gutes verheißt. Nancy Fraser schreibt in Bezug auf den politischen Aufruhr: „... So sehr sie sich weltanschaulich und in ihren Zielen unterscheiden mögen, haben diese Meute-reien des Wahlvolks doch eines miteinander gemein: In allen Fällen handelt es sich um Absagen an die wirtschafts- und finanzgesteuerte Globalisierung, den Neoliberalismus und die politischen Establishments, die beides förderten. Jedes Mal haben wir es mit einem Nein der Wähler zur tödlichen Kombination von Austeritätspolitik, Freihandel, ausbeuterischen Kredit- und Verschuldungspraktiken sowie den prekären, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen zu tun, die den finanzialisierten Kapitalismus unserer Tage kennzeichnen.“⁵⁾

Dass sich die rechtsrechten Protagonist_innen selbst zutiefst dem kapitalistischen System verpflichtet sehen, wird man in den kommenden Jahren an Ländern wie den USA, Ungarn, Polen oder auch der Türkei sehr gut beobachten können. Vielleicht auch in Österreich und noch weiteren europäischen Ländern. Denn, so meint der Historiker Volker Weiß in seinem Buch „Die autoritäre Revolte“: „Die Konzeption der Neuen Rechten war schon immer eine Elitenkonzeption, das bedeutet, man wollte auf die angehende Führungsgeneration einwirken. Ganz konkret Leute aus der mittelständischen Wirtschaft, Leute, die eine akademische Karriere durchlaufen, in die Verwaltung, vor allem Staatsverwaltung dann gehen, dafür hat man sich konzentriert auf die akademischen Verbindungen, Burschenschaften und ähnliches, und die dritte Gruppe, die man anvisiert, sind Offiziersanwärter der Bundeswehr.“⁶⁾

Der Kapitalismus braucht keine Demokratie, aber stabile Verhältnisse

Dass Stabilität wichtiger ist als Demokratie und Menschenrechte, wissen wir längst durch die jahrzehntelangen freundschaftlichen Beziehungen zwischen westlichen Demokratien und diktatorischen Regimen. Solange sie sich an vorgegebene Spielregeln halten, ist der freie Fluss von Rohstoffen und Waren (inkl. Rüstungsgütern) wichtiger als die Einhaltung von Menschenrechten – „westliche Werte“ hin oder her.

Aber auch in Europa geraten Menschenrechte ins Abseits, Staat und Gesellschaft agieren zunehmend autoritärer. Freiheit wird definiert als Recht, das persönliche Leben mit wenig gesellschaftlichen Zwängen wie Lebensweise, partnerschaftliche Beziehungen, Kleidung etc. zu gestalten. Diese – auch hart erkämpfte - Freiheit hat sicher zum Wohlbefinden und zu einem erfüllten Leben beigetragen. Sie erinnert aber in gewisser Weise an das Biedermeier, das mit einem Rückzug in die kleinbürgerliche Kultur und Häuslichkeit verbunden ist, während die Regierung politische Betätigung stark einschränkte.

Heute wird mit dem Verweis auf Länder, in denen viele unter sozialen Zwängen leiden, suggeriert, dass wir hier in den westlichen Ländern das Maximum an Freiheit erreicht hätten. Der Minirock repräsentiert sozusagen unsere Demokratie. Wirtschaftliche Zwänge, Strukturen der Gewalt, Arbeitslosigkeit etc. werden gemäß dem Motto „Jede/r ist seines/ihres Glückes Schmied“ ins Private gedrängt. Die Forderungen nach Partizipation und Mitgestaltung laufen ins Leere – Meinungsfreiheit ja, aber bitte vor dem Salzamt. So wurden und werden Willenskundgebungen der Bevölkerungen, die nicht mit den



Standpunkten der Regierungen übereinstimmen, schlicht ignoriert.

Herausragend sind hier wohl die Beispiele der Kriege 1991 und 2003 gegen den Irak. 1990 wurden die Argumente der Kriegsgegner_innen einfach vom Tisch gewischt, 2003 stimmten die weltweiten Demonstrationen von Millionen von Menschen die kriegswilligen Regierungen nicht um. In beiden Fällen stellten sich die Argumente der Regierungen als Lügen heraus: Jahre nach dem Golfkrieg 1991 gab das Pentagon bekannt, dass – entgegen der Unterstellung vor Kriegsbeginn – *Saddam Hussein* niemals plante, in Saudi-Arabien einzumarschieren, und die Massenvernichtungswaffen in Besitz von *Saddam Hussein*, die von den USA und Großbritannien 2003 ins Rennen geführt wurden, waren frei erfunden. Was nützen hier spätere Richtigstellungen und Untersuchungskommissionen wie gegen den damaligen Premierminister *Tony Blair*? Hunderttausende wurden getötet, der politische Schaden ist angerichtet und die Folgen dieser Kriege – die Destabilisierung weiter Teile des Nahen Ostens und die Bildung des IS und weiterer terroristischer Organisationen – bestimmen heute große Teile der Weltpolitik.

Auch in wirtschaftlichen Belangen verweigern Regierungen und auch die EU schlicht den Dialog mit den betroffenen Bürger_innen. Selbst große Willenskundgebungen wie die *Occupy-Bewegung* oder die *Demonstrationen gegen Sozialabbau* beispielsweise in Frankreich oder Spanien bleiben Randerscheinungen und weitgehend wirkungslos.

Demgegenüber nehmen Regierungen für sich in Anspruch, den „*Volkswillen*“ aufzugreifen, indem sie restriktive Gesetze der Sicherheit erlassen. Im Februar dieses

Jahres hat das EU-Parlament eine Anti-Terror-Richtlinie beschlossen, die im Eilverfahren – und damit ohne Beteiligung von Bürger_innenrechtsorganisationen – durchgewunken wurde und die die Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit der in der EU lebenden Menschen massiv gefährdet.⁷⁾

Gleichzeitig erlassen nationale EU-Regierungen Anti-Terror-Gesetze, die *Amnesty International* bereits veranlasst haben, die Studie „*Disproportionate Dangerously*“ (dt.: Unverhältnismäßig gefährlich) über den stetig wachsenden nationalen Sicherheitsstaat in Europa zu verfassen.⁸⁾ Auch in Österreich plant die Regierung ein umfassendes Paket mit Überwachungsmaßnahmen und neuen Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden. „*Das Paket setzt die Wunschliste von Innenminister Wolfgang Sobotka um und bringt noch nie da gewesene Einschränkungen des Rechts auf Privatsphäre und auf Datenschutz,*“ urteilt *Epizentrum - Plattform* für grundrechtsbasierte Zukunftspolitik.⁹⁾ Gleichzeitig wird im öffentlichen Diskurs jegliche Mitverantwortung für die Entstehung des derzeitigen Terrorismus in den Hintergrund gedrängt bzw. zurückgewiesen und damit auch die Mitverantwortung für die Tausenden Terroropfer im Nahen Osten und in Afrika. Die Aufnahme von Flüchtenden wird somit als Akt der reinen Humanität und/oder Christlichkeit dargestellt und nicht als logische Konsequenz einer jahrzehntelangen verheerenden Politik. Zudem sichern diese Gesetze für die Zukunft restriktive Maßnahmen zur Unterdrückung von sozialem und politischem Widerstand ab, der durch die immer größer werdende Ungleichheit absehbar ist.

Ein System der strukturellen Gewalt

Dieses Zusammenspiel – Akkumulation von Geld und Macht der Konzerne, Abbau der demokratischen Rechte, Rückbau des Sozialstaates und die massive Abwehr von Flüchtenden - verweist wiederum darauf, dass – bei aller Brisanz der Weltlage in Bezug auf soziale Ungleichheit, Kriege und eine noch nie dagewesene Zahl von Flüchtenden sowie die drohende massive weltweite Klimaveränderung (vielleicht auch Klimakatastrophe) – der strikte neoliberal-kapitalistische Kurs beibehalten und ausgebaut werden soll.

In Österreich spiegelt sich dieser Kurs auch im neuen Regierungsprogramm wider. *Lisa Mittendrein* von *Attac Österreich* dazu: „*Das neue Regierungsprogramm ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik neoliberal, in der Migrations- und Sicherheitspolitik autoritär und rassistisch ... SPÖ und ÖVP sind so weit nach rechts gerückt, dass inzwischen weite Teile des österreichischen Parteiensystems dieselbe rassistische, autoritäre und neoliberale Politik vertreten.*“¹⁰⁾

Selbst die Entwicklungszusammenarbeit wird dem neoliberalen Projekt untergeordnet. So berichtet die Redaktion des *Kontrast-Blogs*: „*Im Bereich der Entwicklungshilfe wurde der Entwicklungspolitische Beirat abgeschafft und durch ein Beratungsforum für Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich ersetzt. Darin vertreten sind u.a. die Erste Bank, die Industriellenvereinigung, die OMV und die Wirtschaftskammer. Gewerkschaften oder NGOs, die im Entwicklungspolitischen Beirat vertreten waren, sind nicht mehr dabei. Auch die Austrian Development Agency (ADA), die für das Außenamt die Entwicklungsgelder verwaltet, wurde unter Kurz neu*

ausgerichtet. Sie investiert jetzt zunehmend in „Wirtschaftspartnerschaften“ – so nennt die ADA die Förderung von Unternehmensprojekten in Entwicklungsländern. Bei genauerem Hinschauen darf der Beitrag der Unternehmen zur Entwicklung der jeweiligen Länder bezweifelt werden – die Gelder sind eher ein Beitrag zur Entwicklung von Unternehmen.“¹¹⁾

Macht und Manipulation

Da sich das gängige Verständnis von Demokratie auf das Ankreuzen der einen oder anderen Partei am Wahltag beschränkt, ist die kritische NGO-Landschaft von Menschenrechts-, Frauen-, Friedens- oder Umweltorganisationen für Regierungen lästig, weil Fehlentwicklungen aufgezeigt und Forderungen gestellt werden. Erwünscht sind lediglich karitative oder kulturelle Vereine und Initiativen, die dem Staat Arbeit abnehmen und/oder Geld sparen. Politische Partizipation ist unerwünscht, weil die Vorstellungen der kritischen Zivilgesellschaft dem neoliberalen Kurs der Regierungen meist diametral entgegenstehen.

Ein neues Niveau hat die Auseinandersetzung dieser ambivalenten Player unlängst in Österreich mit der Diskreditierung von NGOs in Bezug auf das Engagement zur Rettung von Flüchtenden vor dem Ertrinken im Mittelmeer erreicht. Nun könnte man argumentieren, dass die Regierung ja gewählt ist und auch Umfragewerte über die Beliebtheit von Politiker_innen darauf hinweisen, dass die Bevölkerung mehrheitlich restriktive Maßnahmen wie die Schließung der „Balkanroute“, den Bau von Zäunen oder die Errichtung von Lagern in außereuropäischen Ländern gutheißt.

Gerade in dieser Diskussion wird sehr deutlich, dass unsere Demo-

kratie mehr Schein als Sein ist. Denn erstens ist die wie ein allgemeiner Konsens verbreitete Annahme, dass Österreich in Sachen Hilfe für Flüchtende genug getan hat, empirisch nicht erwiesen. Zweitens haben es Medien, Politik und insbesondere rechte Protagonist_innen geschafft, trotz der grauenhaften Bilder, die uns aus Syrien oder Irak erreichen, die Menschen, die sich auf den Weg nach Europa gemacht haben, als *Immigrant_innen* oder – noch mehr abwertend – als „Wirtschaftsflüchtlinge“ darzustellen. Mit dem mantrahaften Herausstreichen von kulturellen Unterschieden werden zudem Menschen, insbesondere aus dem Nahen Osten und aus Afrika, per se als rückständig, frauenfeindlich, nicht vertrauenswürdig bis kriminell oder potenziell gewalttätig dargestellt. Die Themen Integration, Kopftuch, Deutschkurse etc. sind im öffentlichen Diskurs allgegenwärtig und werden bis zum Erbrechen wiedergekauft.

Was für ein Meisterstück der Manipulation! Denn hinter diesen vorgeschobenen Themen kann am neoliberalen Kartenhaus weitergebastelt werden, ohne dass es allzu sehr auffällt. Wie vielen Menschen fällt bei den hitzigen Diskussionen schon auf, dass steuerhinterziehende Konzerne sehr viel mit den eigenen Lebensumständen zu tun haben, eine vollverschleierte Frau im öffentlichen Raum aber herzlich wenig. Dass durch die Digitalisierung möglicherweise die Hälfte aller Arbeitsplätze in Zukunft verlorengeht, sollte eigentlich für die Arbeitnehmer_innen interessanter sein als ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz. Und dass bei einem Terroranschlag in einem europäischen Land vielleicht einmal Menschen getötet werden mit Waffen, die vorher aus Europa in ein Land im Nahen Osten oder in Afrika exportiert wurden, darüber liegt ein Mantel des Schweigens. Und auch

darüber, dass durch die lukrativen Waffengeschäfte die fürchterlichen Kriege und damit die Fluchtbewegungen erst verursacht werden, wird im Vergleich zu unwesentlichen, aber verführerisch einfachen Themen wenig diskutiert.

Kurz gesagt – die Aufmerksamkeit wird auf möglichst unwichtige Themen gelenkt, bei denen möglichst viele Menschen möglichst emotional mitdiskutieren können, ohne sich die Mühe machen zu müssen, sich in eine komplizierte Thematik zu vertiefen. Die Diskussion um Freihandelsabkommen beschränkt sich zum großen Teil auf Chlorhühner und Genmais und weniger auf die schleichenden Wege, Arbeitsrechte einzuschränken. Wenn sich dann die Masse der arbeitenden Bevölkerung in prekären Arbeitsverhältnissen wiederfindet und noch mehr arbeiten muss, um sich das Leben leisten zu können, und folglich noch weniger Zeit hat, sich mit politischen Themen zu befassen, schließt sich der Kreislauf der Manipulation.

Wenn weiter oben geschrieben steht, dass die Regierungen die kritische Zivilgesellschaft mit unliebsamen Forderungen ins Leere laufen lassen, gilt das nur bis zu einem gewissen Punkt. Wer hier eine rote Linie überschreitet, bekommt die volle Gewalt des Systems zu spüren. Der Umgang mit *Whistleblowern* ist wohl das offensichtlichste Beispiel. Sie fordern die Staatsmacht und mächtige Konzerne heraus. Hier ist es besonders schmerzlich, dass die Gesellschaften, denen sie einen so wichtigen Dienst erweisen, nicht in der Lage sind, sie vor der Staatsgewalt zu schützen. Vielleicht wird sich das zumindest in Europa ändern. Die Europäische Kommission hat nach der Verurteilung der Aufdecker des Luxemburger Steueroasen-Skandals eine Konsultation eingeleitet, die als Vorbereitung auf ein Gesetz



zum Schutz von Whistleblowern dienen soll. Ob es tatsächlich beschlossen wird, bleibt abzuwarten.¹²⁾

Kapitalismus und die nicht endwollende Militarisierung

„Wenn die Globalisierung funktionieren soll, darf sich Amerika nicht davor fürchten, als die unüberwindliche Supermacht zu handeln, die es in Wirklichkeit ist... Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren. McDonald's kann nicht expandieren ohne McDonnell Douglas, den Hersteller der F-15. Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie des Silicon Valley verbürgt, heißt US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps“, stellte Thomas Friedman, Sonderberater der ehemaligen US-Außenministerin Madeline Albright, 1999 fest.

Zutreffender kann man den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus wohl kaum formulieren. Die Strategie, ökonomische Prosperität durch Waffen abzusichern, trifft bei weitem nicht nur auf die USA zu. So berichtet Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung über den Implementierungsplan für die EU-Globalstrategie, vorgelegt im November 2016 von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, dass der Plan „ein ambitioniertes Einsatzspektrum und daraus abgeleitet ein größeres militärisches Anforderungsprofil und die Forderung nach einer „besseren“ Finanzierung des EU-Militärapparates enthielt...“¹³⁾ - woran derzeit auch fleißig gearbeitet wird. In Bezug auf die NATO stellt Jürgen Wagner fest: „Die Allianz setzt die grundlegenden Interessen ihrer Mitgliedsstaaten durch und das war auch von Beginn an ihr hauptsächlichstes Ziel – sicherzustellen, dass die Strukturen der hierarchischen

Ordnung und Ausbeutung der herrschenden Weltordnung auf lange Sicht aufrecht erhalten werden: Die tatsächliche Relevanz der Allianz basiert auf ihrer Fähigkeit, liberale Demokratien in einer unbeständigen Welt zusammenzuschließen und die Stabilität und das Wohlergehen der nordatlantischen Region abzusichern.“¹⁴⁾

Die Gewaltstruktur des Krieges zur Absicherung von Reichtum und Macht wurde vom demokratischen Establishment – egal ob Länder konservativ oder sozialdemokratisch regiert – und von den Wirtschaftseliten während der letzten Jahrzehnte ausgebaut. Historische Chancen zur Entwicklung eines stabilen Friedens wurden nicht genutzt.

Trump, Erdoğan und Orban bieten eine Vorschau auf das, was der Welt blüht, wenn sich der rechtsrechte autoritäre Trend weiter fortsetzt. Aber so, wie Adolf Hitler nicht als Naturkatastrophe vom Himmel gefallen ist, sondern auf vorhandenen Gewaltstrukturen und einer Kriegskultur aufbauen konnte, so brauchen wir uns nicht über die Sprüche und Handlungen von Rechtsdemagog_innen zu wundern: Sie setzen lediglich der vorhandenen Gewaltkultur noch das i-Tüpfelchen auf.

Aus den Katastrophen der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts wurde nichts gelernt, nachhaltige und gerechte Friedensstrukturen nicht aufgebaut. Das Motto „Wer den Frieden will, rüste für den Krieg“ war und bleibt schlicht falsch. Nun könnte diese kapitalistische Kriegsideologie zu einer direkten Konfrontation zwischen Russland, dessen Präsident ebenso gefährliche Ambitionen hat, und den USA führen und damit die Welt wieder einmal gefährlich nahe an eine Katastrophe führen.

Wir brauchen Strukturen eines gerechten und nachhaltigen Friedens. Mit den derzeitigen politischen Akteuren_innen ist das nicht möglich. Und es reicht bei weitem nicht, das „kleinere Übel“ zu wählen, denn dieses steht schon selbst bedenklich weit auf einem autoritären Weg.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin im Internationalen Versöhnungsbund.

-
- 1) Die Presse: <http://bit.ly/2oX3J6i>
 - 2) Salon: <http://bit.ly/2os0Rgl>
 - 3) Süddeutsche: <http://bit.ly/2o5SSD0>
 - 4) Zeit online: <http://bit.ly/2o5SSD0>
 - 5) Blaetter.de: <http://bit.ly/2psA4OE>
 - 6) Deutschlandfunk: <http://bit.ly/2nDqcVQ>
 - 7) Netzpolitik.org: <http://bit.ly/2ILsKP1>
 - 8) Amnesty Int.: <http://bit.ly/2j0JYa0>
 - 9) <https://epicenter.works/>
 - 10) Mosaik-blog: <http://bit.ly/2kMGyS>
 - 11) Kontrast-blog: <http://bit.ly/2os9rM3>
 - 12) Nototaxhavens.eu: <http://bit.ly/2oolB7g>
 - 13) imi-online: <http://bit.ly/2o4u11C>
 - 14) Jürgen Wagner: NATO's 360 Degree Approach: Heading Towards Confrontation with Russia and the Rest of the World, in 360°-NATO: Mobilization on all Fronts, S. 13: <http://bit.ly/2oWVlTW>

Aus Platzgründen wurden die Adressen der Webseiten gekürzt. Bei etwaigen Fragen oder Problemen bitten wir um Kontaktaufnahme mit dem Büro!